



„Den Klassenkampf natürlich, Reich gegen Arm, und meine Klasse, die Reichen, die gewinnen gerade.“

Multimilliardär Warren Buffet auf die Frage, was er für den zentralen Konflikt unserer Zeit hält.

Tosender Beifall, wie man ihn sonst aus dem deutschen Bundestag nicht kennt, brandete auf, als Bundeskanzler Olaf Scholz seine Rede zur Lage der Nation beendet hatte. Was hatte die Abgeordneten so sehr beeindruckt, dass sie geradezu „aus dem Häuschen“ waren?

Der Bundeskanzler hatte eine neue Zeitenwende verkündet. Er hatte den Menschen in Deutschland das Versprechen gegeben, dass nichts mehr so sein würde wie vorher. Aber er sprach nicht über mehr Waffen und Krieg. Er überraschte mit dem Eingeständnis, dass der Staat in den letzten Jahrzehnten seine wichtigste Aufgabe, die Daseinsfürsorge und -vorsorge der BürgerInnen, völlig vernachlässigt habe. Auf seine Zeitenwende-Rede zu Beginn des Ukraine-Krieges Bezug nehmend, sprach er sogar davon, dass auch ihm selbst aus dem Blick geraten sei, wie viele Menschen in unserem Land ihre existenziellen Nöte als Folge eines Krieges erleben, den die reichen und mächtigen Gruppen im Staat gegen die Armen und Elenden führen, gestützt auf eine unsoziale und ungerechte politische Agenda. Dieser Krieg innerhalb der Gesellschaft müsse sofort und nachhaltig beendet werden. Olaf Scholz nahm kein Blatt vor den Mund, sondern benannte den größten Fehler der Regierenden und der Legislative, die Privatisierung der bedeutendsten Aufgaben eines Staates für seine BürgerInnen. Er habe begriffen, dass auch seine eigene Partei, weil sie den Rückzug des Staates aus allen Bereichen, die für ein Leben ohne existenzielle Nöte und ohne Angst wichtig sind, der Mehrheit der Menschen gegenüber unverantwortlich gehandelt habe. Es sei missachtend ihnen gegenüber, ihre Grundbedürfnisse wie Wohnen, Gesundheit – inklusive Ernährung –, Verkehr und Altersvorsorge, privater Willkür und Profitgier zu überlassen. Für ein Land wie unseres, so der Bundeskanzler, eines der reichsten Länder der Welt, sei es eine Schande, dass die Zahl der armen, prekär lebenden Menschen in Relation genauso schnell wachse wie die der Milliardäre und Millionäre. Wenn RentnerInnen zur Monatsmitte nicht mehr wüssten, wovon sie Lebensmit-

Träumen ist möglich Kämpfen ist nötig

Klassenkampf von oben oder die a-soziale Gesellschaft

tel kaufen sollen, wenn die Zahl der Menschen, die auf „Tafeln“ angewiesen sind, rasant steige, und wenn ein Viertel der dort wegen Hungers anstehenden Bedürftigen Kinder und Jugendliche seien, habe die Politik versagt. Wir PolitikerInnen, so die berührenden Worte des Kanz-

lung und personelle Ausstattung aller medizinischen und sozialen Dienstleistungen sollen sich ausschließlich an den Bedürfnissen kranker und pflegebedürftiger Menschen orientieren;

»Wir haben den Paragraphen 14 unseres Grundgesetzes völlig aus dem Blick verloren, aber er ist ein Fundament unserer demokratischen Gesellschaft: Eigentum verpflichtet zum solidarischen Beistand für die schwächeren Teile in der Gesellschaft.«



Grafik: Christian Bauer

lers, müssen anerkennen, dass wir bisher nicht entschlossen gegen diese unhaltbaren Zustände vorgegangen sind. Mit der Agenda 2010, sprach der Kanzler sichtlich geknickt, haben wir endgültig eine Schamgrenze überschritten. Das Wohl der Menschen einem Markt auszuliefern, dessen Dynamik ausschließlich an Renditen für die Besitzenden orientiert ist, sei der schwerwiegendste und unverzeihlichste Fehler der letzten sieben Jahre gewesen.

Deshalb, so fuhr Olaf Scholz fort, habe die Regierung ein Programm aufgelegt, das eine wirkliche Zeitenwende einläute. Die Bundesregierung werde ein Sondervermögen von 300 Milliarden Euro auflegen, das in den nächsten zehn Jahren für sozialen Ausgleich in der Gesellschaft sorgen und die Versäumnisse der Vergangenheit korrigieren solle. Die Privatisierung des Wohnungswesens werde rückgängig gemacht, jedem Menschen stehe eine angemessene, bezahlbare und gesunde Wohnung zu; das Gesundheitswesen werde ebenfalls wieder in die öffentliche Hand überführt, eine wohnortnahe Versorgung mit allen medizinischen Diensten sei eine der wichtigsten staatlichen Aufgaben, einschließlich der sicheren Versorgung mit notwendigen Medikamenten, weshalb die Pharmaindustrie staatlicher Kontrolle unterstellt werde; Bezahl-

ren; der öffentliche Nahverkehr werde nicht nur schnellstmöglich ausgebaut, er werde kostenlos sein, damit jeder Mensch ihn nutzen könne und das Klima geschützt werde, entsprechend werde der individuelle Autoverkehr nachhaltig begrenzt. Für Kinder, fuhr der Kanzler mit kräftiger Stimme fort, habe der Staat eine besondere Verantwortung, er werde deshalb Betreuung, Bildung und Ausbildung für jedes Kind zu seinem ganz persönlichen Anliegen machen, Kinder seien für die Zukunft einer Gesellschaft die wichtigste Investition.

Diese und weitere Teile seines Zeitenwende-Programms, so der Bundeskanzler, müssten finanziert werden, „und wir wissen auch, wie das gehen kann“. Erbschaften werde es nur noch in einem eng definierten Rahmen geben, privat angehäufte Reichtümer müssten der Allgemeinheit zur Verfügung stehen; es werde wieder eine Steuer auf Vermögen geben, gestaffelt bis zu 90 Prozent, und eine Einkommenssteuer in gleichen Größenordnungen; Steuerflucht und Steuerbetrug würden durch personelle und finanzielle Aufstockung der Finanzbehörden rigoros unterbunden. „Insgesamt ► weiter auf Seite 2

werden wir ein Maßnahmenpaket auflegen, das diejenigen in der Gesellschaft, die in den letzten Jahrzehnten, nicht zuletzt durch schwerwiegende politische Fehler, unermesslich reich geworden sind, in die Pflicht nimmt. Wir haben den Paragraphen 14 unseres Grundgesetzes völlig aus dem Blick verloren, aber er ist ein Fundament unserer demokratischen Gesellschaft: Eigentum verpflichtet zum solidarischen Beistand für die schwächeren Teile in der Gesellschaft, und wir wollen diese Verpflichtung endlich zu unserer politischen Handlungsmaxime machen“. Er nehme alle politisch Verantwortlichen in die Pflicht, das neo-liberale Monster, das von ihnen genährt und mächtig gemacht worden ist und dessen Opfer von Jahr zu Jahr zahlreicher werden, unerbittlich zu vertreiben.

*

Als ich aus diesem Traum hochschreckte, drängte wieder einmal in mein Bewusstsein, wie unsozial und entwürdigend in dieser Gesellschaft mit einem großen Teil der Menschen verfahren wird. Und auf wie vielen „Baustellen“ nicht nur unser Bündnis für Menschenwürde und Arbeit, sondern alle Menschen und Organisationen, die Gerechtigkeit und Respekt als Grundlage des Zusammenlebens verstehen, aktiv werden müssen. Einige Projekt haben wir im Laufe der Jahre in Angriff genommen, mit öffentlichen Aktionen, Veranstaltungen und mit unseren Bündnisbriefen, zu Kinder- und Altersarmut, zu moderner Sklaverei, zu prekären Lebenslagen.

Der neue Bündnisbrief soll wieder sozialpolitische Akzente setzen: Wir nehmen das Thema „Reichtum macht Armut“ als Grundlage und Indiz für massive soziale Ungerechtigkeit in den Blick; mit der Bundestagsabgeordneten der Grünen, Kathrin Henneberger, sprechen wir über ihren Einsatz für soziale Gerechtigkeit; und wir kommentieren den aktualisierten Armutsbericht des DPWW, der das Ausmaß von Armut und Elend in der deutschen Gesellschaft in Zahlen veranschaulicht. Es kommt ebenso die Klimaallianz zu Wort zur Frage des Zusammenkens von sozialer Gerechtigkeit und notwendigem ökologischem Umbau.

Wie mit den Briefen zuvor wollen wir zum Widerstand gegen soziale Verlotterung und zum Kampf für ein würdevolles Leben für alle aufrufen, wie es der Paragraph 1 des Grundgesetzes verspricht, ganz im Sinne unseres Mentors Eddi Erlemann. Wir wollen dazu ermuntern, gemeinsam mit den „kleinen Leuten“ (Eddi) dafür zu sorgen, dass eine Rede, die eine Zeitenwende zu einer sozial gerechten und damit wirklich demokratischen Gesellschaft einläutet, nicht nur geträumt werden kann, sondern dass ein Bundeskanzler sie alsbald mit voller Überzeugung hören lässt.

Wir werden ihn aber, dieser Realität können wir uns nicht verschließen, dazu zwingen müssen, mit massenhaften Protesten gegen eine politisch-ökonomische Klasse, die unbegrenzt viel Geld für Waffen und Militär zur Verfügung stellt, der aber jeder Euro zu teuer ist, den sie für soziale und ökologische Gerechtigkeit ausgibt.

■ Dr. Günter Rexilius

Eigene 4 Wände in MG

Interview mit der DIAKONIE

Mit diesem Interview stellen wir ein Projekt in NRW vor, das sich denen mit praktischer Hilfe

zuwendet, die in der gesellschaftlichen Hierarchie ganz „unten“ sind. Dieses Projekt erscheint als wirklich nachahmenswert.

Das Interview wurde mit Frau Blosschak (Fachbereichsleitung) und Herrn Schippers (Immobilienfachkraft) von der DIAKONIE geführt.

Bündnis für Menschenwürde und Arbeit: Wieviele obdachlose Menschen leben z.Z. in der Stadt? Wo steht MG im Vergleich zu anderen Städten ähnlicher Größe (z.B. Krefeld oder Aachen)?

DIAKONIE: Wie viele Menschen in Mönchengladbach auf der Straße leben, läßt sich nur vermuten. Das ist deswegen nicht erfassbar, weil viele dieser Menschen sich nicht bei den Hilfestellen melden oder auch öfter den Standort wechseln. Auch bei den Nachbarkommunen ist das ähnlich. Die Schätzungen gehen hierbei von wenigen hundert bis zu knapp tausend Menschen aus. Die Dunkelziffer könnte aber noch deutlich höher sein. Alleine in 2022 haben die Zentralen Beratungsstelle der DIAKONIE 733 Männer aufgesucht, von denen 506 keine eigene Wohnung hatten; bei den Frauen waren es 305, von denen 150 keine Wohnung hatten.

BMA: Wie genau sehen Ihre Zielgruppen aus?

Unsere Zielgruppen sind in erster Linie alle Obdachlosen, Wohnungslose Männer und Frauen, junge Wohnungslose, aus der Haft oder Klinik Entlassene und von Räumungsklagen Betroffene. Nicht zu vergessen sind aber auch Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge, die bei der Wohnraumsuche oder drohender Wohnungslosigkeit seltener in den Hilfesystemen sozialer Träger ankommen.

BMA: Welches Ziel hat das Projekt?

D: Das zentrale Ziel ist, Wohnraum für Menschen ohne eigene Wohnung zu akquirieren und dementsprechend zu vermitteln. Die Hürde ist für diese Menschen oft sehr hoch, eine eigene Wohnung zu finden. Bürokratische Abwicklungen, selbständige Terminkoordination, Nachweise über Schuldenfreiheit bzw. Verschuldung, soziale oder auch gesundheitliche Probleme wie Sucht oder Psyche sind nur einige Hindernisse.

Ein weiteres wichtiges Ziel ist es, Wohnraumverluste zu verhindern, indem drohende Wohnungslosigkeit frühzeitig identifiziert wird. Hierbei sollen mit dem Vermieter Heilungsmöglichkeiten und Chancen gesucht werden, das bestehende Mietverhältnis aufrecht zu erhalten. Den Mietern soll die Möglichkeit gegeben werden, Rückstände aus eigener Kraft über Ratenzahlungen zu tilgen um das Mietverhältnis fortzusetzen.

BMA: Was sind die Hauptprobleme bei Ihrer praktischen Arbeit?

D: Die größte Herausforderung ist der Wohnungsmarkt. Es gibt zu wenig Wohnraum für dieses besondere Klientel. Dazu kommen noch persönliche Probleme der Klienten wie Verschuldung (negative Schufa) und multiple soziale und gesundheitliche Faktoren. Im Bereich der Prävention bei drohender Wohnungslosigkeit kommt die Hilfe aufgrund datenschutzrechtlicher Bestimmungen oft zu spät.

BMA: Wieviele Obdachlose konnten durch Ihr Projekt schon eine Wohnung erhalten?

D: Wir konnten seit dem Start des Projektes am 1. 7. 2022 bisher 29 Klienten in neuen Wohnraum vermitteln.

BMA: Welche Unterstützung bekommen Sie bzw. wünschen Sie sich noch für Ihre Arbeit?

D: Die Projektleitung liegt bei der Stadt Mönchengladbach, die uns in allen Belangen unterstützt. Hierbei konnten wir z.B. erreichen, dass bei drohenden Zwangsräumungen jetzt ein Flyer für Hilfestellen beigefügt wird. Insbesondere arbeiten wir mit der städtischen WOHNBAU und der LEG zusammen, sowie mit vielen anderen gewerblichen und privaten Vermietern. Eine wichtige Hilfe ist das Jobcenter vor Ort, das uns mit Rat und Tat zur Seite steht. Für weitere Unterstützer sind wir jederzeit offen.

BMA: Wie wird das Projekt finanziert und für wie lange?

D: Das Projekt *Eigene 4 Wände in MG* ist Teil des Landesprojekts „Endlich ein Zuhause“ des Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW. Die Kofinanzierung erfolgt durch die EU über den Europäischen Sozialfonds bis 2025. Der DIAKONIE und SKM verbleiben ein Eigenanteil von 10 Prozent.

BMA: Wie sieht die Kooperation zwischen SKM und Diakonie aus?

D: Die beiden Sozialverbände DIAKONIE und SKM sind langjährig in der Wohnungslosenhilfe tätig und kennen die Gesamtlage der Wohnungsnot sehr gut. Durch Bündelung der hohen Expertisen bringt jede Institution ihre personellen Ressourcen, Erfahrungen und Knowhow ein. Durch die Zusammenarbeit der Immobilienfachkräfte ergeben sich auch neue Möglichkeiten in der Wohnungswirtschaft zu agieren. Die Fachkräfte der sozialen Arbeit erreichen gemeinsam mehr Betroffene und können dadurch effektiver handeln.

Bündnis: Machen Sie eine eigene Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt?

D: Die Öffentlichkeitsarbeit wird im Rahmen der Projektbeteiligten federführend von der Stadt Mönchengladbach als Projektleitung übernommen. ■

Aus der Krise mit Klimaschutz und sozialer Sicherheit

Die Klima-Allianz Deutschland fordert eine gerechte Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und seine wirtschaftlichen Folgen haben die Abhängigkeit Deutschlands und der Europäischen Union von fossilen Energieimporten offengelegt. Hohe Energiepreise, eine erhöhte Inflation, fehlende Energiesicherheit und enorme finanzielle Belastungen für die Haushalte sind einige direkte Folgen dieser Abhängigkeit. Die Ampel-Koalition hat mit milliardenschweren Entlastungspaketen und der Gaspreisbremse reagiert, um die Strom-, Gas-, Wärme- und Mobilitätskosten für Haushalte und Unternehmen abzufedern. Was auf den ersten Blick wie eine Lösung der Krise erscheint, ist in Wahrheit nur eine Bekämpfung der Symptome und verschärft bestehende soziale Ungleichheiten. Die nachhaltige Überwindung der Krise kann nur gelingen, wenn wir jetzt in Klimaschutz und soziale Sicherheit investieren und grundlegende Veränderungen der Finanz- und Haushaltspolitik auf den Weg bringen.

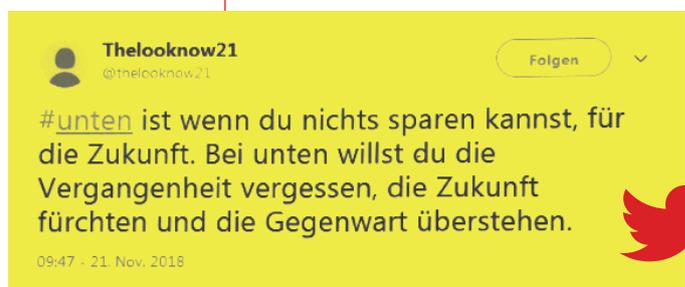
Die Entlastungspakete und die Gaspreisbremse haben eine deutliche soziale Schiefelage.¹ Der überwiegende Teil der Entlastungen wurden nach dem Gießkannenprinzip verteilt. Dadurch profitieren von den Hilfspaketen besonders diejenigen, die nicht auf Entlastungen angewiesen sind. Sozial- und Wohlfahrtsverbände werden nicht müde, darauf hinzuweisen, dass trotz der Gaspreisbremse weitere bedarfsgerechte Hilfen für ärmere Menschen notwendig sind, da Menschen mit keinem oder nur einem sehr geringen Einkommen besonders unter den hohen Energiepreisen leiden. Laut Deutschem Mieterbund befürchten viele Mieterinnen und Mieter immer noch den Verlust ihrer Wohnung aufgrund der gestiegenen Nebenkostenabrechnungen.²

Auch hinsichtlich der Energiesicherheit adressierte die Bundesregierung lediglich die Symptome der Energiekrise. Anstatt die Reduktion der fossilen Abhängigkeit in allen Bereichen voranzutreiben, subventioniert die Bundesregierung fossile Energieträger und leitet in großer Eile den Aufbau von LNG-Terminals in die Wege. Die geplanten LNG-Kapazitäten gehen dabei weit über das für die Energiesicherheit notwendige Maß hinaus und stehen eindeutig im Widerspruch zu den deutschen Klimaschutzzielen.³ Mit dem Neubau von Terminals leistet die Bundesregierung keinen Beitrag zur langfristigen Energie-Souveränität Deutschlands, sondern schafft lediglich neue fossile Abhängigkeiten. Dabei führt



uns die Krise deutlich vor Augen, dass nur eine Abkehr von teuren fossilen Energieträgern langfristig unseren Wohlstand sichern und sozial belastende Energiepreise vermeidet. Das gilt für die weitere Zukunft, aber insbesondere für den kommenden Winter. Die Zeiten von günstigen fossilen Rohstoffen sind vorbei und der Staat wird nicht in der Lage sein, in jedem Winter mit milliardenschweren Entlastungspaketen die Gas- und Ölpreise zu drücken. Wenn wir also die sozialen Belastungen für Menschen mit geringem Einkommen langfristig reduzieren wollen, müssen wir von fossilen Energieträgern wegkommen. Die Analyse zeigt – eine nachhaltige Überwin-

Die Tweets, hier und auf den folgenden Seiten, stammen aus einer Ausstellung in der Dorenburg zum Thema „#Unten“. Es sind Ergebnisse einer Kampagne der Zeitschrift „Der Freitag“ aus 2018.



dung der aktuellen Krise kann nur gelingen, wenn wir Klimaschutz und soziale Sicherheit zusammendenken. Daher schlägt ein breites Bündnis aus Umwelt- und Sozialverbänden, Kirchen und Gewerkschaften ein Investitions- und Maßnahmenpaket in Höhe von mindestens 100 Milliarden Euro zur Bewältigung der Krise vor.⁴

In einem ersten Schritt fordert das sozial-ökologische Bündnis, die Fehler der bestehenden Entlastungspakete zu beheben und das Gießkannenprinzip zu beenden. Es sind gezielte Zuschüsse für diejenigen notwendig, die bereits jetzt in Armut leben und von Preissteigerungen besonders betroffen sind. Zudem muss mit Hilfe eines Kündigungsmoratoriums sichergestellt werden, dass niemand aufgrund existenzbedrohender Nebenkostenabrechnungen seine Wohnung verliert.

Um das soziale Fundament unserer Gesellschaft dauerhaft zu stärken, muss notwendigerweise auch die Grundsicherung deutlich erhöht werden.

Weiterhin ist sich das Bündnis einig, dass der Ausbau von erneuerbaren Energien und die Umstellung auf klimaneutrale Wärme von zentraler Bedeutung sind, um in Zukunft hohe soziale Belastungen durch teure fossile Energieträger zu vermeiden. Dafür sind jetzt gezielte staatliche Investitionen in den Ausbau von erneuerbaren Energien und der weitere Abbau von bürokratischen Ausbauhindernissen notwendig. Auch der Umstieg auf klimaneutrale Heizungen und die energetische Gebäudesanierung müssen massiv beschleunigt werden. Insbesondere einkommensschwache Menschen wohnen häufig in schlecht isolierten Gebäuden und können den gestiegenen Energiekosten nicht ausweichen. Gerade der Einbau von neuen Gas- und Ölheizungen ist ein soziales Risiko und muss schnellstmöglich beendet werden. Dafür ist eine massive Aufstockung der staatlichen Förderung für den Heizungstausch und die energetische Gebäudesanierung notwendig. Hier gilt es gerade Menschen mit geringem Einkommen finanziell unter die Arme zu greifen. In der aktuellen Krise zeigt sich überdeutlich, dass wir den sozial-ökologischen Herausfor-

derungen unserer Zeit nur dann begegnen können, wenn wir grundlegende Veränderungen in der Finanz- und Haushaltspolitik einleiten. Eine Politik über Sondervermögen wird langfristige der gesamtgesellschaftlichen Herausforderung des Klimawandels nicht gerecht und leistet keinen Beitrag zur strukturellen Reduktion der sozialen Ungleichheit in Deutschland. Dafür ist eine sozial-ökologische Steuerreform notwendig, die klimaschädliche Subventionen in allen Bereichen abbaut und die Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften neu regelt. In der aktuellen Regierungskoalition zeichnen sich dafür keine Mehrheiten ab. Ziel der Zivilgesellschaft sollte daher sein, die gerechte Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation bei der kommenden Bundestagswahl zum entscheidenden Thema zu machen. Dafür sind weitere sozial-ökologische Allianzen notwendig.

■ Daniel Eggstein, Klima-Allianz

1 Vgl. u.a. DIW-Wochenbericht 39 / 2022, S. 508

2 <https://antrag.mieterbund.de/presse/pressemeldung-detailansicht/article/74621-mitglieder-der-kommission-gas-und-waerme-fordern-schritte-fuer-energieeinsparungen-und-mehr-schu.html>

3 https://newclimate.org/sites/default/files/2022-12/Ing_deutschland_web_o.pdf

4 https://www.klima-allianz.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Positionen/Aus_der_Krise_mit_Klimaschutz_und_sozialer_Sicherheit-1.pdf

Wovon sollen wir träumen?

Diese Titelzeile eines Liedes von Frida Gold trifft derzeit wohl große Teile einer Bevölkerung für die zunehmend die Metapher der „einstürzenden Neubauten“ deren Lebenssituation beschreibt.

Eine drastische Inflation, Wohnungsnot, prekäre Arbeit, die Klimakrise und die Folgekosten, Alters- und Alltagsarmut sind alltägliche Anforderungen, den eigenen Lebensalltag und den ihrer Familien zu überleben. Dies trifft auf über 20 Prozent der Bevölkerung zu, weitere 20 Prozent gelten als armutsgefährdet – die Kinderarmut liegt deutlich darüber, wie der Beitrag von Günter Rexilius zeigt. Weitere Teile der Mittelschicht sehen sich ebenfalls vom Abstieg bedroht.

Prekäres Leben, die alltägliche Bedrohung der eigenen Existenz kratzen schon lange nicht nur am „Mythos der Leistungsgesellschaft“, sondern auch an dem Zuspruch zu dieser Gesellschaft und zur Demokratie. Und damit sind wir bei der anderen gesellschaftlichen Facette, der anderen Seite der Medaille: dem Reichtum in unserer Gesellschaft.

„Reiche kennen keine normalen Probleme“

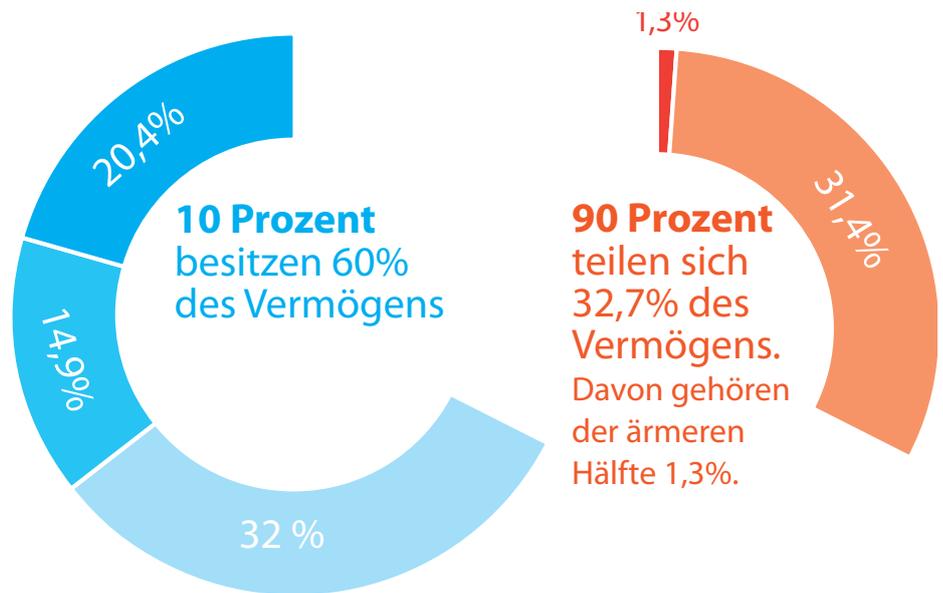
So berichtet der Elitenforscher Michael Hartman in einem Interview. „Ich habe zum Beispiel ... mit einer sehr reichen Frau gesprochen, ihr Vermögen lag wohl bei über 100 Millionen Euro. Sie hat sich ganz selbstverständlich in der Mittelschicht eingeordnet, weil ihr Vergleich die ganz, ganz Reichen waren. Normale Probleme und Sorgen, wie keine bezahlbare Wohnung zu finden oder ob das Geld reicht, kennt so jemand nicht. In unseren Studien hat sich immer wieder gezeigt, dass soziale Ungleichheit von solchen Personen ganz anders wahrgenommen wird. Weil sie selbst soziale Ungleichheit nie als persönliches Problem kennengelernt haben, nehmen sie es auch als gesellschaftliches Problem viel weniger wahr als Reiche, die weniger reich geboren worden sind, und vor allem auch anders als der Durchschnitt der Bevölkerung.“¹

Damit eröffnet sich gleich eine weitere Dimension des Reichtums in Form von „Ungleichheit durch Geburt“ (Prof. Jens Beckert) oder durch Glück in der „Spermalotterie“². Ungleichheit qua Geburt setzt sich dann, wie hinreichend bekannt, in den schulischen Bewertungen von Kindern aus reichen Familien, bei der Wahl des Studienfachs und weiteren prägenden Lebensfaktoren fort.

Hartmann weist auch darauf hin, dass erst in den letzten Jahren Daten zur Vermögens-

¹ Eliteforscher erklärt, was zwei Drittel der reichsten Deutschen gemeinsam haben – Interview mit Cornelia Meyer, 30 Nov 2020 – Business Insider

² Krasse Ungleichheit durch Erbschaften: Die deutsche Spermalotterie – Freitag Ausgabe 04/2023 (Martyna Berenika Linartas)



Vermögensverteilung in Deutschland 2021.

verteilung vorliegen. Eine Reichtumsdiskussion konnte auch nicht wegen der mangelnden Verfügbarkeit von Daten geführt werden. Dies entspricht auch der Volksmund-Tradition „über Geld spricht man nicht“. Jedenfalls nicht bei jenen, die keine normalen Probleme ken-



... das Vermögen in Deutschland ist extrem ungleich verteilt, das oberste Prozent hält mehr als ein Drittel des Vermögens in Deutschland. Es wäre extrem wichtig, dagegen zu steuern, denn ansonsten ist es eine Farce, von einem Leistungswettbewerb zu reden. Wenn manche schon mit zehn Runden Vorsprung starten, dann können die hinten noch so schnell laufen, es ist einfach kein faires Rennen.“

Julia Friedrich in einem Xing-Interview zu ihrem Buch „Working Class: Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können“

nen. Eine Diskussion um eine gerechtere Verteilung des massiven Reichtums wird gerade in Deutschland gerne mit dem Etikett „Neiddebatte“ abgewertet. Michael Hartmann weist in dem Interview auch auf Studien des Bielefelder Forschers Wilhelm Heitmeyer hin, „die zeigen, dass gerade unter den Wohlhabenderen in den vergangenen Jahren die Neigung zunimmt, auf die unteren Schichten herabzuschauen und ihnen vorzuwerfen, sie würden sich nicht genug anstrengen.“³

³ Vgl. Anmerkung 1

Auch hier wird der Mythos der Leistungsgesellschaft bemüht – hier verbunden mit einer individuellen Schuldzuweisung an die, die nicht zu den Reichen gehören: an Geringverdiener, Friseurinnen, Paketzusteller, Möbelpacker, oft Menschen in Dienstleistungsberufen, deren Leistungen in Corona-Zeiten auch schon mal freundlich beklatscht wurden. So brauchte man wenigstens nichts ändern. „Mehr als die Hälfte aller Vermögen in Deutschland wurde nicht erarbeitet, sondern vererbt und verschenkt. Deutschland ist weniger eine Leistungs- als eine Erbsengesellschaft.“⁴

Nach Schätzungen des DIW werden in den kommenden Jahren jährlich 400 Milliarden vererbt.

Und auch wenn Reichtum und Eliten nicht zwangsläufig zusammen zu betrachten sind, beherrschen sie doch das Netzwerken in besonderem Maße und prägen oder blockieren eine gerechtere Erbschaftsteuer oder eine seit 1997 in Deutschland ausgesetzte Vermögenssteuer.

Der Lobbyismus hat auch dazu geführt, dass mit Zunahme eines zu vererbenden Vermögens, die Steuerquote sinkt oder wie im folgenden Fall ganz entfällt:

„Ein Beispiel ist der Fall Friede Springer und Matthias Döpfner: Im Jahr 2020 vermachte die Witwe von Axel Springer, Milliardärin und Großaktionärin der Axel Springer SE, dem langjährigen Vorstandsvorsitzenden des Unternehmens Aktien im Wert von 1 Milliarde Euro. Eigentlich würde, da die beiden nicht verwandt sind, eine Schenkungsteuer in Höhe von 50 Prozent fällig, also sage und schreibe 500 Millionen Euro. Doch auf Grund der umfangreichen Ausnahmen in unserem Gesetz, konnte sich Döpfner – der über ein geschätztes Vermögen von über 470

⁴ Martyna Berenika Linartas: Mythos Leistungsgesellschaft – Jacobin-Magazin 06.09.2022

Millionen Euro verfügte – „bedürftig“ rechnen, konnte einen Antrag auf Erlass der Steuer stellen und zahlte genau: nichts.“⁵

Zur Datenlage legt anlässlich des jährlichen Weltwirtschaftsforums in Davos die NGO Oxfam jeweils Zahlen und Daten vor, die die „Schattenseiten“ unseres Wirtschaftens aufzeigen. Von dem im Pandemiejahr erwirtschafteten oder durch Spekulation erzielten Vermögen erhielt das reichste Prozent der Bevölkerung einen Anteil von 81 Prozent – auf die „restlichen“ 99 Prozent der Bevölkerung entfielen nur 19 Prozent.⁶ Eindrücklicher als mit diesen Zahlen kann man kaum den „Mythos der Leistungsgesellschaft“ bloßstellen.

Wovon sollen wir träumen? Ideen für die Zukunft

Wovon wollen oder sollen große Teile der Gesellschaft also träumen, Menschen, die nicht zu den besonders Begüterten zählen und nicht schon oben sind oder per Geburt im Fahrstuhl nach oben Platz gefunden haben? Gerade in Zeiten des Ukraine-Kriegs wird die Bedeutung und die Stärke demokratischer Staaten immer wieder von der Politik betont. Wenn damit aber nur die Militarisierung in den Köpfen der Bevölkerung und die verbesserte Ausstattung des Militärs verbunden ist, wird der Zuspruch bei den „Elenden“⁷ und den mit Armutsrisiken behafteten Teilen des Mittelstandes zu unserer Gesellschaft und zur Demokratie massiv weiter schwinden. Wir wollen eine neue Vision einer klima- und sozial gerechten Gesellschaft – und nicht der Almosen und der Flaschensammler. Wir brauchen und wollen gerade auch innergesellschaftlich eine politische Solidarisierung. Dies ist ein Projekt gegen Vereinsamung und Individualisierung der unzähligen gesellschaftlichen Einzelinitiativen und Engagements. Die Vision ist eine lebens- und liebenswerte Zukunft für uns, unsere Kinder und Enkelkinder in einer noch einigermaßen intakten Welt. Dazu bedarf es auch – aber anders als bisher – einer Verteilung der Güter und keine Bevorzugung der Begüterten. So stellen drei Bundesverfassungsrichter:innen fest, dass „die Erbschaftsteuer [gemäß des Sozialstaatsprinzips des Art. 20 Abs. 1 GG] nicht nur der Erzielung von Steuereinnahmen [dient], sondern zugleich ein Instrument des Sozialstaats [ist], um zu verhindern, dass Reichtum in der Folge der Generationen in den Händen weniger kumuliert“.⁸

Diese Idee wird zwischenzeitlich auch von Vertretern der „Tax-me-now“-Initiative gefordert: „Wir sind Vermögende und setzen uns für eine höhere Besteuerung von Vermögen ein, um mehr Chancen, Teilhabe und Zukunftsinvestitionen für alle zu ermöglichen. Unabhängig davon, ob wir durch Arbeit, Erbschaft, Unternehmertum oder Kapitalanlage zu Vermögen gekommen sind, rufen wir zu Reformen ... auf.“⁹

Die klassisch diskutierten Instrumente oder bestehenden Verfahren sind

eine ernst zu nehmende **Erbschaftssteuer**, die nicht durch Ausnahmen wirkungslos ist¹⁰

die Wiedereinsetzung der **Vermögenssteuer** und / oder

ein Lastenausgleich, wie er schon einmal den Aufbau des Landes nach dem 2. Weltkrieg durch Umverteilung mit finanziert hat.



Lastenausgleich

Das Gesetz über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz, LAG) vom 14. August 1952 hatte zum Ziel, Deutschen, die infolge des Zweiten Weltkrieges und seiner Nachwirkungen Vermögensschäden oder besondere andere Nachteile erlitten hatten, eine finanzielle Entschädigung zu gewähren.... Diese Umverteilung erfolgte dadurch, dass diejenigen, denen erhebliches Vermögen verblieben war (insbesondere betraf das Immobilien), eine Lastenausgleichsabgabe zahlten. Die Höhe dieser Abgabe wurde nach der Höhe des Vermögens mit Stand vom 21. Juni 1948, dem Tag nach Einführung der D-Mark in den drei westlichen Besatzungszonen, berechnet. ... Durch die Verteilung auf viele Jahre betrug die Belastung nur 1,67 % pro Jahr, sodass sie aus dem Ertragswert des betroffenen Vermögens geleistet werden konnte, ohne die Vermögenssubstanz angreifen zu müssen. Das fiel den Betroffenen infolge der ständigen Inflation seit 1952 allmählich leichter.

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Lastenausgleichsgesetz>

Der klassische Einwand gegen eine angemessene Erbschaftssteuer, das Vermögen sei doch schon besteuert, ist so banal und falsch wie der Neidvorwurf: Wenn ich vom Lohn Brötchen kaufe, ist der auch schon besteuert und erneut muss ich Mehrwertsteuer darauf zahlen. Und auch die Befürchtung, zukünftig sei Omas kleines Häuschen nicht mehr vererbbar, ist nicht die Idee einer gerechteren Verteilung gesellschaftlicher Güter und Teil gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Oxfam stellt im o.g. Papier fünf Thesen auf, die mir sinnvoll scheinen auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaft. Ich stelle hier nur die Thesen vor – die Erläuterungen dazu finden Sie in der zitierten Quelle:

Höhere Steuern für Reiche helfen der Gesellschaft

Es gibt fünf Hauptgründe, warum es für jede Gesellschaft sinnvoll ist, reiche Bevölkerungsgruppen höher zu besteuern als ärmere und die Steuersätze im Verhältnis zu Einkommen und Vermögen steil ansteigen zu lassen.

Das Steuersystem spielt eine Schlüsselrolle bei der direkten Verringerung von Armut und Ungleichheit.

Die Besteuerung großer Vermögen befördert Geschlechtergerechtigkeit und verringert rassistische Ungleichheiten.

Steuern für Reiche zu erhöhen ist ein Beitrag zu Klimagerechtigkeit

Eine progressive Besteuerung wirkt den sozialer Ungleichheit zugrunde liegenden Macht Ungleichgewichten entgegen.

Die Besteuerung von Vermögen verschafft Regierungen Einnahmen, die sie zur Verringerung von Ungleichheit einsetzen können.¹¹

Ein gerechteres Steuersystem ist also ein wichtiger Baustein für gesellschaftliche Teilhabe, um die Gesellschaft, in der wir leben, mitgestalten zu können: mit gerecht bezahlter Arbeit, mit der Gestaltung von Beziehungen in Familie und Freundeskreis und unseres sozialen Umfelds.

Wir müssen „umsteuern“ für eine gemeinsame Zukunft. Es geht um unsere Gesellschaft und unsere Demokratie.

Und es geht um „gegensteuern“, damit Warren Buffets Drohung vom „Sieg der Reichen im Krieg gegen die Armen“ nicht Wirklichkeit wird.

■ Hermann-Josef Kronen

5 Krasse Ungleichheit durch Erbschaften: Die deutsche Spermialotterie – Freitag Ausgabe 04/2023 (Martyna Berenika Linartas)

6 Umsteuern für soziale Gerechtigkeit – Oxfam Januar 2023 – S. 8-9 https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_factsheet_davos-2023_umsteuern.pdf

7 Anna Mayr – Die Elenden – Warum unsere Gesellschaft Arbeitslose verachtet und sie dennoch braucht – Berlin 2020

8 Krasse Ungleichheit durch Erbschaften: Die deutsche Spermialotterie – Freitag Ausgabe 04/2023 (Martyna Berenika Linartas)

9 Appell tax me now - <https://www.taxmenow.eu/>

10 „Bis in die 1970er Jahre machten die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer weniger als 0,5 Prozent der gesamten Steuereinnahmen aus. Erst 2016 wurde die Grenze von 1 Prozent am Gesamtsteuereinkommen erreicht. Selbst Raucher tragen durch die Tabaksteuer mehr zur Finanzierung des Staatshaushalts bei als Erben. Die Einnahmen aus der Tabaksteuer belaufen sich auf 14,3 Milliarden Euro, die aus Erbschafts- und Schenkungssteuer auf 8 Milliarden Euro.“ In: <https://jacobin.de/artikel/mythos-leistungsgesellschaft-erben-erbschaft-vermoegensungleichheit/>

11 https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_factsheet_davos-2023_umsteuern.pdf // S. 10-11

Der aktualisierte Armutsbericht des DPWW

In einer der letzten Ausgaben der Wochenzeitung „Freitag“ war sinngemäß zum Thema Kindergrundsicherung zu lesen, sie laufe Gefahr, der Rüstung geopfert zu werden: „Selbst Pistorius scheint das Ausspielen von Kindern und Soldaten mittlerweile etwas peinlich zu werden. Das Soziale dürfe nicht unter die Räder kommen, stellte er kürzlich klar – und meinte damit wohl eher: unter Panzerketten.“

Gemeint war, dass die Ausgaben der Bundesregierung für Rüstung und Militär keine Grenzen zu kennen scheinen, für die Bekämpfung der Kinderarmut aber kein Geld vorhanden zu sein scheint. Das Bild ist martialisch, aber es zeichnet eine so unerträgliche wie trostlose gesellschaftliche Wirklichkeit in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, nach: Krieg und Waffen, die den politischen Betrieb und die Köpfe seiner BetreiberInnen mehr und mehr beherrschen, bezahlen auch die armen, die prekär lebenden Menschen hierzulande, vor allem Kinder und Jugendliche.

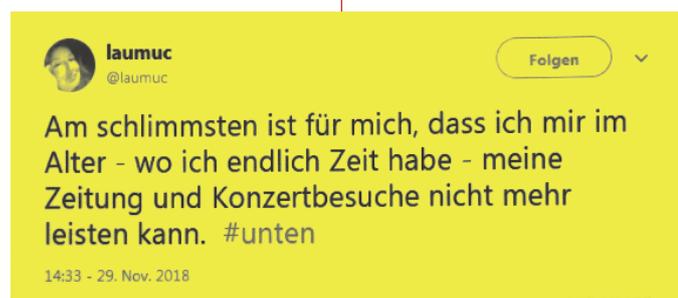
Laut aktualisiertem Armutsbericht des DPWW vom März 2023¹ leben 14,1 Millionen Menschen in Deutschland in Armut. Noch dramatischer ist das Bild bei Kindern: 21,3 Prozent aller in Deutschland lebenden Kinder sind armutsbetroffen, also mehr als jedes fünfte Kind, und bei Alleinerziehenden sind es 42,3 Prozent, fast jedes zweite alleinerziehende Elternteil lebt in Armut. Insbesondere die Armut der Kinder ist nicht nur eine Schande für dieses Land, sie zeigt eine bestürzende Missachtung junger Menschen, die – nicht nur erfahrungsgemäß, sondern empirisch belegt –, bevor sie überhaupt die ersten Schritte in ihr eigenes selbstbestimmtes Leben gehen könnten, jede Hoffnung auf ein würdevolles Leben, auf eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum, aufgeben müssen. Nicht nur materielle Armut bremst sie aus, sondern auch Kultur und Bildung werden ihnen vorenthalten, Gesundheit und Mobilität sind nachhaltig beeinträchtigt, Wohnverhältnisse und persönliche Entfaltungsmöglichkeiten sind prekär. Die Corona-Beschränkungen waren für arme Kinder besonders folgenreich, weil sie überwiegend keine Möglichkeiten hatten, am Online-Unterricht teilzunehmen, die psychischen, sozialen und bildungsbezogenen Folgen sind nach Meinung vieler ExpertInnen lebenslang nicht aufzuholen.



Warteschlange an der „Tafel“ in Kleinenbroich an der Tafel.
Foto: Jutta Goebel

Aktuell vergeht kein Tag, an dem wir nicht durch die Medien mit Kriegsberichten überschwemmt werden. Über soziale Themen wird weniger scharfzüngig gesprochen, aber wir sollten uns endlich auf Sprachregelungen verständigen, die der Lebenswirklichkeit eines großen Teils der Menschen in diesem Land angemessen sind: Den Krieg

verringert – für viele Kinder tatsächlich nicht mehr als ein viel zu kurzes existenzielles Sicherungsseil sein, ihre umfassenden Defizite bleiben für die politisch Verantwortlichen nach wie vor ein Thema non grata. Im „Freitag“ vom 16. März findet sich ein Beitrag, der überschrieben ist „Jugend ohne Sicherung“.² Zufällig geht es um eine Familie aus Mönchengladbach, deren Beispiel nicht nur die Hoffnungslosigkeit in armen Familien aufwachsender Kinder plastisch vor Augen führt, sondern auch, wie behördliche Willkür zusätzlichen existenziellen Druck erzeugt – ja, auch in Mönchengladbach, wie sicherlich auch in anderen Teilen der Region. Wir sollten aus diesem konkreten Einzelfall, aber auch aus der ökonomisch und politisch gewollten Armut in diesem Land insgesamt, Konsequenzen



„Stellt euch vor, keine Träume mehr zu haben, weil sie noch nie in Erfüllung gegangen sind“

Daniela Brodesser über Armut*

der Reichen und politisch Mächtigen gegen die armen und prekär lebenden Menschen sollten wir auch so nennen. Ein 100 Milliarden Sondervermögen für Rüstung und Bundeswehr und das Verlangen des Verteidigungsministers nach immer mehr Geld für Kriegsvorbereitungen, lassen das Gerangel um eine „Kindergrundsicherung“ zu einer politischen Farce werden, zu einem die gesellschaftlichen Zustände entlarvenden Trauerspiel. Sollte diese Alimentierung von Kindern in Not wirklich kommen, wird sie – im Vorfeld einer Entscheidung schon von ursprünglich 290 auf 250 Euro

ziehen: Jede Form des Widerstands gegen Armut und Elend nutzen, aber auch gemeinsam mit den Opfern dieser Politik nach praktischen Lösungen suchen, etwa so, wie es die Initiative „Mach Dich stark“³ in Baden-Württemberg mit großem Erfolg tut.

■ Dr. Günter Rexilius

* Aus: Daniela Brodesser, Armut, Kremayr & Scherlauf 2023

1 <https://www.der-paritaetische.de/themen/sozial-und-europapolitik/armut-und-grundsicherung/armutsbericht-2022-aktualisiert/>

2 <https://www.freitag.de/autoren/martin-ruecker/kinderarmut-jugend-ohne-sicherung/e5b6651-ba8a-4f83-9dc4-0932731a07d2>

3 <https://www.mach-dich-stark.net/>

Klimaschutz ist auch eine soziale Handlung

Interview mit Kathrin Henneberger (MdB, Grüne Mönchengladbach)

Bündnis für Menschenwürde und Arbeit: Sie haben in unserem ersten Gespräch im Sommer 2021 gesagt, ein großes Anliegen von Ihnen sei die Vereinbarkeit von sozialer Gerechtigkeit und ökologischem Umbau. Welche Fortschritte und Blockaden haben Sie da bislang im Bundestag erlebt?

Kathrin Henneberger: Das Schöne ist ja, dass Umweltschutz und auch der Streit für Klimagerechtigkeit Hand in Hand gehen mit sozialer Gerechtigkeit.

Leider sind es auch in unserer Gesellschaft oft die benachteiligten Gruppen, die am meisten unter den Folgen von Umweltbelastungen und der Anpassung an die Erderhitzung leiden – sowohl gesundheitlich, gesellschaftlich und ökonomisch. Beispiele dafür sind, dass sie oft in Regionen mit hoher Feinstaubbelastung und in weniger gut gedämmten Häusern wohnen. Menschen mit geringerem Einkommen trifft es härter, wenn Lebensmittel durch Ernteausfälle wegen Hitze oder Starkregen teurer werden. Oft sind es ältere und bereits vorerkrankte Menschen, die durch Hitzeereignisse oder andauernde Hitze gesundheitlich beeinträchtigt sind.

Daher ist es wichtig, dass wir Klimaanpassungen und Klimaschutz auch als soziale Handlung verstehen. Mit dem 9 Euro-Ticket haben wir hier einen großartigen Erfolg erzielt, der durch das nun kommende Deutschlandticket leider etwas abgeschwächt, aber immerhin weitergeführt wird. Eine Herausforderung stellt sich dar in der Weitergabe des Klimageldes, wodurch Bürger*innen für den künftigen CO₂-Preisanstieg im Bereich Wärme und Verkehr mit Direktzahlungen entlastet werden sollen. Hier sind wir auf das FDP geführte Finanzministerium angewiesen, dass sich leider wenig motiviert zeigt.

BMA: Was sind zurzeit Ihre vorrangigen Ziele und Projekte?

Henneberger: Aktuell arbeite ich sehr vertieft daran, die Gesetzgebung der Realität der Klimakrise anzupassen. Wir haben leider im letzten (und auch diesem) Jahr immer wieder merken müssen, dass den Gerichten bei Klimaklagen die Hände gebunden sind, da unsere Gesetzgebung veraltet ist. Ein Beispiel hierfür ist das Bergrecht, das Unternehmen den Abbau fossiler Rohstoffe weitgehend ohne Rücksicht auf die negativen ökologischen Folgen erlaubt. Des Weiteren zeigen die verheerenden Klimakatastrophen weltweit, sowie die unmissverständliche Deutlichkeit der Klimawissenschaft, dass unsere Politik auf den Klimaprüfstand muss. Laut Weltklimarat-Bericht vom 20.03.2023 könnten wir bereits in den nächsten 5 bis 10 Jahren die 1,5-Grad-Grenze reißen. Das Umweltbundesamt hat ausgewer-



Foto: Kathrin Henneberger (privat)

„Eine faire Verteilung von Einkommen und Vermögen ist ein ganz zentraler Punkt.“

tet, dass wir im Verkehrssektor die Klimaziele nicht nur unerfüllt lassen, sondern die Emissionen auch noch steigen. Gleichzeitig sollen bundesweit neue Autobahnen gebaut werden, geplant meist vor mehreren Jahrzehnten. Dies passt nicht mehr in unsere Zeit und ich fordere in Berlin eine Klimaverträglichkeitsprüfung für solche Projekte.

BMA: Welche Unterstützung wofür wünschen Sie sich besonders in Mönchengladbach und auch von uns als Bündnis?

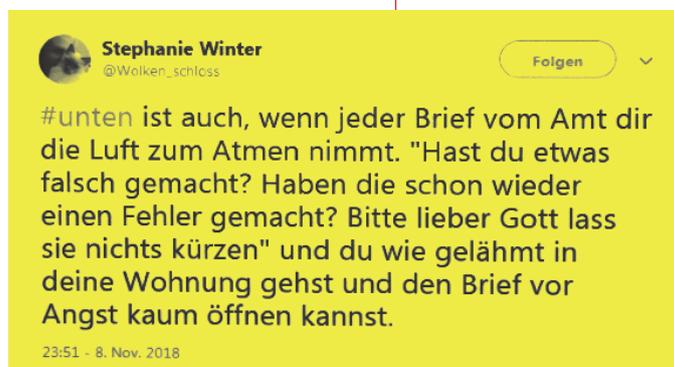
Henneberger: Ich bin sehr dankbar für alle Menschen, die sich ehrenamtlich sozial und politisch engagieren. Das ist das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft und auch unser

egal ob klima- oder sozialpolitisch, zusammenhängen und das Wichtigste: immer wieder den Versuch unternehmen, auch die Menschen zu erreichen, die sich aktuell von der Politik abgehängt fühlen. In Mönchengladbach ist die soziale Schieflage leider an vielen Stellen nur allzu deutlich. Vor allem Kinderarmut muss dringend bekämpft und ganz schnell verringert werden.

Für mich als Politikerin ist es immer wichtig, aus der Zivilgesellschaft Rückmeldungen und auch Anstöße zu bekommen. Deshalb freue ich mich über den regelmäßigen Kontakt und Austausch mit dem Bündnis und wünsche mir, dass wir diesen auch in den nächsten Jahren fortsetzen – und gern intensivieren.

BMA: Laut aktualisiertem Armutsbericht des DPWV leben 14,1 Millionen Menschen (16,9 %) in Deutschland in Armut, die Armutsquote bei Kindern ist noch viel höher, nämlich 21,3 Prozent, bei Alleinerziehenden – vor allem Mütter – liegt sie sogar bei 42,3 Prozent. DPWV und BUND drängen darauf, endlich eine Vermögenssteuer für Großverdiener einzuführen – wie stehen Sie dazu, wie sehen Sie die Chancen, sie durchzusetzen?

Kathrin Henneberger: Es ist eine unverantwortliche Katastrophe, dass wir unsere Kinder in Armut aufwachsen lassen. Und auch insgesamt schaue ich mit großer Besorgnis auf die größer werdende Schere zwischen arm und reich. Als Politikerin, die sich für Klimagerechtigkeit einsetzt, ist der Einsatz für eine faire Verteilung von Einkommen und Vermögen ein ganz zentraler Punkt. Deswegen wäre eine Vermögenssteuer aus meiner Sicht sehr sinnvoll. Aus meiner Meinung ist es nur gerecht, wenn gerade die größten Ver-



politisches System überhaupt nur funktionieren können. Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam mit möglichst vielen Menschen in Mönchengladbach immer wieder kämpferisch und mutig für unsere Interessen eintreten, Veranstaltungen und Demonstrationen organisieren, uns weiterbilden, uns vernetzen, verstehen, dass die Ungerechtigkeiten,

mögen, besonders stark z.B. für die sozial-ökologische Transformation auskommen. Aktuell ringen wir hart um die Finanzierung der Kindergrundsicherung. Wir wollen sie in dieser Legislaturperiode einführen. Ich werde jedoch nicht müde, mich weiter für Umverteilung und insbesondere das Ende von Kinderarmut einzusetzen. ■

Meine Stimme gegen prekäre Arbeit

KAB startet zum 1. Mai Postkartenaktion an Bundeskanzler Olaf Scholz



Klaus Polenz hat diese Postkarte gestaltet, die ab Mai massenhaft im Briefkasten des Kanzleramtes zu finden sein soll.

Am 1. Mai 2023 startet die Katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB) Bezirk Mittlerer Niederrhein in Krefeld, Kempen Viersen und Mönchengladbach mit dem Titel „Meine Stimme gegen prekäre Arbeit“ eine Postkartenaktion an Bundeskanzler Olaf Scholz.

Die Vorderseite der Postkarte ziert ein Gemälde des bekannten Krefelder Kunstmalers Klaus Polenz zum Thema „prekäre Arbeit“, das er der KAB gestiftet hat. Auf der Rückseite der Postkarte wird der Bundeskanzler dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen der ausufernden Tariffucht der Arbeitgeber

im Bund und den Ländern ein Ende zu setzen. Prekäre Arbeit gehört abgeschafft! Die Postkarten sollen ab 1. Mai das ganze Jahr über an das Bundeskanzleramt geschickt werden. Auch der KAB Diözesanverband Aachen sowie mehrere KAB Diözesanverbände aus ganz Deutschland beteiligen sich an der Postkartenaktion. ■

Die Postkarten sind kostenlos erhältlich: KAB Zentrum Krefeld
Spinnereistr. 28, 47805 Krefeld
Tel.: 02151 / 31 55 28
zentrum-krefeld@kab-aachen.de



Offener Brief an Günter Krings

Der Bundestagsabgeordnete der CDU Dr. Günter Krings fordert höhere Strafen für straffällig gewordene Minderjährige. Die Verfasser*innen des Offenen Briefes vom Bündnis für Menschenwürde und Arbeit stellen sich dieser Forderung entgegen.

<https://buendnis-fuer-menschenwuerde-und-arbeit.de/de/themen/gegen-den-strich/525-offener-brief-an-den-moenchengladbacher-bundestagsabgeordneten-dr-krings-cdu>



Direkt zum Offenen Brief

Günter Krings hat auf den Brief geantwortet. Auch diese Antwort ist auf der Website zu finden. ■



Superreiche torpedieren den Klimaschutz

Laut einer Oxfamstudie für die letzte Weltklimakonferenz treiben nicht zuletzt Superreiche den Klimawandel mit exzessivem Konsum und Lebensstil voran – z.B. mit Privatjets und Jachten.

Das reichste Prozent der Weltbevölkerung stößt dreißigmal mehr CO₂(!) aus als sie dürften, um bis 2030 das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Sie müssten dafür ihre Emissionen um 97% verringern. ■

In eigener Sache



Diesem „Bündnisbrief“ liegt ein Überweisungsformular bei für die Leser*innen, die unser Engagement als regionales „Bündnis für Menschenwürde und Arbeit“ unterstützen möchten.

Unser Bündnis wurde 2005 in Herzogenrath bei Aachen und in Mönchengladbach gegründet. Es hat als Basis seiner Arbeit die aktive Parteinahme mit und für benachteiligte Menschen in unserer Gesellschaft. Zu seinen Zielen gehört daher die „Gerechte Verteilung von Arbeit und Einkommen“ oder der „Vorrang der Arbeit vor dem Kapital“. Seit unserer Gründung haben wir zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen in diesem Sinne durchgeführt wie z.B. 2008 eine Mahnwache zum Erhalt der Arbeitslosenzentren in NRW, 2013 ein ganztägiges Treffen mit vielen verschiedenen Organisationen und Betroffenen unter dem Motto „Mehr Gerechtigkeit – Für ein menschenwürdiges Leben“, 2017/18 in Krefeld, Heinsberg, der Städteregion Aachen und Mönchengladbach die Aktion „Klagemauer Altersarmut“ oder 2021 die Vorstellung unseres „Hartz-IV-Appells“ im Düsseldorfer Landtag. Um weiter sozialpolitisch aktiv sein zu können, brauchen wir auch finanzielle Unterstützung – darum das Überweisungsformular. Über Ihre Hilfe egal in welcher Höhe würden wir uns freuen! Sie fördern damit ein notwendiges zivilgesellschaftliches Engagement. Selbstverständlich können Sie von uns Spendenquittungen erhalten. ■ Wolfgang Fels

Weitere Infos zum „Bündnis für Menschenwürde und Arbeit“ – wie z.B. unter der Rubrik „Wir über uns“ den Antrag Fördermitglied zu werden - unter www.menschenwuerde-und-arbeit.de

Kontakt zum Bündnisrat / Impressum

Christa Dressen / c.dressen@gmx.de
Günter Rexilius / guenter.rexilius@t-online.de
Hermann-Josef Kronen / hermann-josef.kronen@t-online.de
Redaktion: Wolfgang Fels, Grafik: Christian Bauer
Druck: Printzipia, Auflage 1500, 100% Recycling

Bündnis für Menschenwürde und Arbeit

Wolfgang Fels
Tel. 021 61/948 90 83
Kirchplatz 11 • 41061 Mönchengladbach
www.menschenwuerde-und-arbeit.de
bma@stiftung-volksverein.de

Spendenmöglichkeit:

Förderverein Stiftung Volksverein
Mönchengladbach e.V.
DE33 310 500 000 003 180 825
Verwendung: BMA

